

Koray Yılmaz-Günay

**Antimuslimischer Rassismus:
Ein neues Phänomen nach dem 11. September 2001**

Die deutschen Debatten über «den Islam» sind geprägt von einer verkürzten Wahrnehmung und Deutung der «Muslime». Es sind Fragen wie: Ist die Frau mit Kopftuch freier oder unfreier als die ohne? Ist der islamistische Terror dem Westen die neue Sowjetunion? Gibt es eine neue Blockkonfrontation, in der Grün ist, was Rot vorher war? Sind Muslime schwulenfeindlicher als die Menschen im Westen? Der Streit um Minarette in der Schweiz, die sozialräumlichen Auseinandersetzungen um bestehende Moscheen wie in Hamburg-St. Georg oder ihren Neubau wie in Berlin-Heinersdorf werden in einen Topf geworfen mit einer EU-Mitgliedschaft der Türkei, der Situation von Christen in Ägypten oder Syrien, der Frage nach Religionsunterricht an Schulen in Berlin und einer schier end- und grenzenlosen Debatte über «Integration» – ein Begriff, der zwar nirgends verbindlich definiert ist, dafür aber eine unübersehbare Anzahl von Zeitungsartikeln, Sonntags- und Wochentags-Reden sowie interreligiöse Dialoge in Stadtteilen, zivilgesellschaftlichen Netzwerken und selbst staatliche Verwaltungen produziert. Es ist grundsätzlich eine defizitorientierte Debatte, die zu Lasten der Muslime und Musliminnen und häufig genug über sie geführt wird. Das hat Gründe. Nicht nur schrecken «Unwilligkeits-» und «Unfähigkeits-» Debatten ab. Der Menschenschlag «die Muslime» hat bis vor kurzem gar nicht existiert. Es war der 11. September 2001, der hier einen Wandel eingeleitet hat, international wie auch auf bundesrepublikanischer Ebene. Die Anschläge in New York City und Washington D.C. sind selbst kein Grund und keine Ursache – und doch können sie heute als Symbol für die neue Weltordnung stehen, wie sie seit den frühen 1990er Jahren vorbereitet worden ist.

Neukonstruktion

Trotz bestehender Anknüpfungspunkte hätte die Projektion von Samuel Huntington bis weit in die Neunziger Jahre niemanden überzeugt: In seinem für konservative Regierungspolitik grundlegenden Werk zum «Clash of Civilizations»¹ formulierte er, was heute eine scheinbar selbsterklärende Realität ist: «Kulturblöcke» stehen gegeneinander, die Haupt-Konfliktlinien verlaufen dabei zwischen der westlichen Christenheit – also Westeuropa und Nordamerika – und der so genannten «Islamischen Welt», die ökonomischen Auseinandersetzungen hingegen werden vor allem gegen China geführt. Die Jahrzehnte lang gültigen ideologischen,

1 Kostenlose Ansichts-Version von *The Clash of Civilizations?*, *Foreign Affairs*, Sommer 1993.

politischen und militärischen Konfliktlinien seien heute nicht mehr geeignet, Mehrheiten für die eigene Sache zu organisieren und also Identität zu stiften. Um diese transnationale Neustiftung von Identitäten – «der Westen» versus «die islamische Welt» und «die Muslime» – glaubhaft bewerkstelligen zu können, brauchte es überzeugende Kollektivmerkmale. Die Anschläge vom 11. September 2001 lieferten ein Element dafür: den Terror. Dessen weltweite Bekämpfung («War on Terror») erforderte eine intensive öffentliche Auseinandersetzung mit mehrheitlich muslimischen Ländern und mit Gruppen, die als Minderheitenbevölkerung in den Staaten Westeuropas und der USA leben. Eine Heerschar von Islamwissenschaftlerinnen und Islamwissenschaftlern bevölkert seitdem die Polizei- und Verfassungsschutzbehörden, aber auch die Akademien, sozialintegrative und sogar Jugend-Projekte.

Abwertung

Der sogenannte «Muslim-Test», der 2006 in Baden-Württemberg als Leitfaden für Gespräche mit Einbürgerungswilligen eingeführt wurde, belegte eindrücklich, dass es für die Neukonstruktion einer hegemonialen Wir-Gruppe nicht ausreicht, eine Großgruppe zu definieren, die «anders» ist. Staatsangehörige der 57 Staaten der Islamischen Konferenz mussten, da solche Trennungen ja nie der lieben Ordnung willen vollzogen werden, auch weniger wert sein. Politische, juristische und nicht zuletzt moralische Maßstäbe wurden bemüht, die es erlaubten, die Ungleichbehandlung zu legitimieren.

Ein Teil der Fragen dreht sich um die Ansichten zum Thema «Terrorismus», Demokratieverständnis und Antisemitismus. Es ist demnach vorauszusetzen, dass diejenigen, die als «muslimisch» erkannt werden, nicht nur a) eine Meinung und b) eine ablehnende Meinung zu solchen Taten haben, die als terroristisch gelten. Dass alles Regelbare in diesem Zusammenhang bereits geregelt ist – und zwar für alle Menschen, die im Geltungsbereich deutscher Gesetze leben – soll die Mehrheitsbevölkerung nicht darüber hinwegtäuschen, dass es vor allem die «Muslime» seien, auf die es aufzupassen gilt.

Alle anderen Fragen drehen sich um Geschlechterrollen und Sexualitäten. Wie bewerten die Einbürgerungswilligen Männlichkeiten und Weiblichkeiten? Wie steht es um die Akzeptanz gleichgeschlechtlicher Lebensweisen? Interessanterweise ist dieser «Test» in einem der Bundesländer entstanden, die zu den konservativsten gehörten, wenn es um die Gleichstellung von Frauen und Homosexuellen geht. Es interessiert die Argumentierenden nicht, dass es in der Türkei mehr gutbezahltes weibliches Lehrpersonal in ingenieurwissenschaftlichen Fächern gibt als in der Bundesrepublik, dass das staatliche Verbot von Homosexualität erst mit den Kolonialherren in die Kolonien Englands kam, die heute wiederum gewaltvoll «zivilisiert» werden sollen, damit auch sie irgendwann schwule Helden in der Sitcom oder Frauen im Militär haben können.

Dass es in Wirklichkeit gar nicht um die Rechte von benachteiligten Gruppen geht, sondern um Ausschluss, lässt sich auch daran erkennen, dass die Staatsangehörigkeit, wenn hier unwahr geantwortet worden ist, auch Jahre später entzogen werden kann.

Das «christliche» Wir

In der Bundesrepublik sind Staat und Kirchen massiv miteinander verfilzt. Trotz der im Grundgesetz festgeschriebenen Trennung subventioniert der Staat mit Milliarden die christlichen Kirchen, denen auch laut aktuellem Koalitionsvertrag «eine unverzichtbare Rolle bei der Vermittlung der unserem Gemeinwesen zugrunde liegenden Werte» zukomme. Zu staatlichen und semi-staatlichen Anlässen gibt es ökumenische Gottesdienste, ohne dass die Frage auftaucht, wer denn Teil dieser Ökumene sein soll. Krankenhäuser, Einrichtungen für Seniorinnen und Senioren, Kindergärten, Schulen, Beratungsstellen und viele andere «Projekte» werden vom Staat finanziert, ohne dass er sich dafür interessiert, wie dort die Curricula und Angebote konzipiert sind. Als sogenannte «Tendenzbetriebe» haben die christlichen Kirchen explizit das Recht, bestimmte Menschen zu diskriminieren. Kein Problem ist es, wenn Frauen mit Kopftuch, Nicht- oder Anderskonfessionelle und Homosexuelle mit eingetragener Lebenspartnerschaft nicht arbeiten dürfen, weil die Arbeit als «verkündungsnah» definiert wird. Kein Problem zumindest für die Bundesrepublik, die die Antidiskriminierungsrichtlinien der EU ohnehin nur sehr zögerlich und auf Sparflamme umgesetzt hat.

Mithin stellen die christlichen Großkirchen in der Bundesrepublik sozial und politisch, vor allem aber ökonomisch, einen wichtigen Machtfaktor dar.

Theologische Argumente zählen schon längst nicht mehr, genauso wenig wie die tatsächliche Zahl der Kirchenmitglieder. Keine Partei, die in einem Landesparlament oder im Bundestag vertreten ist, propagiert aktiv die Entflechtung – denn statt den Politikteil in den Zeitungen mit diesem unappetitlichen Thema zu füllen, bei dem nicht absehbar ist, wie die Mehrheit der Wahlberechtigten tickt, bieten sich vermeintlich wichtigere Debatten viel vordringlicher an: «der Islam», dieser und jener Preis für Necla Kelek, der interreligiöse Dialog und natürlich die Grundfesten «unserer Kultur». Aber bitte im Kulturteil.

Funktionalitäten

Die Rede über die Anderen erspart der Mehrzahl die Beschäftigung mit sich selbst. Sie ist sich zumeist nicht einmal dessen bewusst, dass sie weiß, christlich sozialisiert, nicht behindert, heterosexuell und an maskulinen Wertvorstellungen orientiert lebt. Wer «Ehrenmorde» zu debattieren hat, braucht sich keine Gedanken darüber zu machen, dass 80 Prozent aller ermordeten Frauen von ihren (Ex-) Partnern oder Familienmitgliedern ermordet werden. Nur ist es dann die Tat eines vermeintlichen Einzeltäters und nicht einer «Kultur» oder «Religion». Obschon

«Familiendramen» oder «Eifersuchtsdramen» ähnlich unabwendbar scheinen wie «Ehrenmorde», wissen alle, was schwerer wiegt.

Wer anklagend oder Sozialarbeit fordernd arabisch-stämmige Jugendliche besprechen kann, muss sich irgendwann vielleicht nicht mehr erinnern, dass die Polizei auch schon vor der zweiten Intifada vor jüdischen Einrichtungen überall in der Bundesrepublik postiert war – und zwar nicht aus besonderer Verantwortung für die jüdischen Gemeinden als Teil unserer Kultur, sondern aus Angst vor schlechter Presse im Ausland, falls die Volksgemeinschaft mal wieder tabula rasa machen will. Wer so tut, als gäbe es «unsere Werte» ohne ihre parzellierten Interessengruppen und ihre sozialen Disparitäten, braucht nicht zu erklären, ob Menschen, die einwandern, sich an antisemitischen Stammtischen beteiligen oder lieber philosemitische Sonntagsreden hören sollen – vielleicht sogar aber auch: beides. Das Bekenntnis zur Integration muss reichen. Den Rest besprechen wir am Sankt-Nimmerleins-Tag. Vielleicht bei einem Erfrischungsgetränk im Augsburger Zoo, wo noch im Jahr 2005 – gerade war die Bundesrepublik offiziell zum Zuwanderungsland geworden – die besonders originelle Idee aufkam, ein «African Village» zu installieren, in dem Schwarze inmitten anderer kurioser Geschöpfe «die Atmosphäre von Exotik» vermitteln sollten. Im Zoo.

Integration und Islam sind die zwei Begriffe, anhand derer immanente Missstände ganz bequem ausgeblendet werden können. Der verkürzende Diskurs über Einwanderung, der in diesen absurden Formulierungen in Reinform vorliegt, erspart der ganzen Gesellschaft qualvolle Debatten darüber, was sie jenseits ihrer fiktiven ethnischen Homogenität denn sein will. Die Gemeinschaft der «Deutschen» stellt auch über 60 Jahre nach der Republikgründung einen größeren Wert dar als irgendein gesellschaftliches Ideal. Die Volksgemeinschaft, die sich heute nicht mehr so nennen möchte, besteht nach wie vor aus einer bestimmbarer Gemeinschaft von «Deutschen». Je höher es in ihren Hierarchien geht, desto weniger Frauen, ethnische, religiöse und andere «Minderheiten» kommen in ihr vor. Politik, Medien, Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft und viele andere zentrale Bereiche sind sehr homogen organisiert, obwohl Selbstabsonderung, Parallelgesellschaften und anderes gern als Erfindung von Einwanderungs-Communities aus bestimmten Ländern diskutiert werden.

Religionskritik ist doch aber legitim?

Der Islam als Religionsgemeinschaft ist nicht homogen und noch weniger ist es die Schar der Gläubigen. Da es religionsimmanent keine formalisierte Mitgliedschaft gibt, wird zunächst einmal jedes Kind muslimischer Eltern als muslimisch betrachtet. Und wenn eine Person sich entscheidet, nicht mehr «muslimisch» zu sein, dann ist sie es nicht. Kein Amtsgericht entscheidet darüber, wer, warum, ab wann «nicht mehr muslimisch» ist. Was es sozial, politisch, theologisch, lebensweltlich heißt, muslimisch sein oder nicht sein, ist damit längst nicht gesagt:

Der eine Islam existiert nicht – es sei denn, das Innenministerium möchte, dass er existiert, am besten mit Adresse und Telefonnummer. Das Besondere hat in «unserer» Kultur von jeher keinen Platz.

Es existieren international Konflikte, die von manchen als «anti-imperialistischer Kampf» und anderen eben als «Zusammenprall der Zivilisationen» gehandelt werden. Die Anschläge vom 11. September haben insofern massentauglich das bewirkt, was ohnehin in reaktionären Think Tanks vorbereitet worden war: Die Hamas wie die Huntington-Schule verfolgen – wie die anderen an den Polen positionierten Akteure – manifeste Interessen jenseits der Begriffe Kultur und Zivilisation. Beide Seiten tun so, als gebe es nur ihre oder die andere Position, entweder imaginierten Westen oder die Projektion des Islam.

Während die Debatten im Vereinigten Königreich und in Frankreich immerhin Auseinandersetzungen mit der eigenen Kolonialgeschichte darstellen, haben sie in den Niederlanden, in Dänemark, in der Schweiz, in Österreich und vor allem in Deutschland eine nationale Funktion. Sie sind immer eine Aussage zum Selbstbild des Nationalstaats mit überkommener Homogenitätsvorstellung. Der Bilderwandel nach 2001 aktualisiert das Massenbewusstsein, weil die neuen Bezüge zu Respektabilität, Nation und Krieg einer solchen Modernisierung bedurften. Was Wiedervereinigung, Globalisierungsbewegungen in unterschiedlichen Bereichen und die EU-Integration lange nicht bewerkstelligen konnten, ist hier relativ einfach durchgegangen. Anhand dieser Debatten entscheiden sich Fragen von Zugehörigkeit, hieran entscheiden sich Einschränkungen elementarer Rechte: Wen darf ich heiraten? Wann oder Durch wen dürfen meine Wohnung und mein PC durchsucht werden? Welche Sprache darf ich auf dem Schulhof sprechen? usw. Hieran entscheidet sich, wie wir miteinander zusammenleben wollen – unabhängig von Herkunft, Religion oder Weltanschauung.

Muslimischsein als Ethnie

Wir sind hierzulande noch sehr einer Gruppen-Soziologie verhaftet. Selbst- und Fremdzuschreibungen gehen aus von «Ethnien» – und muslimische Menschen werden im Diskurs so behandelt, als seien sie eine eigene «Ethnie». Im Zweifelsfall reichen schon dunkle Haare, um die vermeintliche Zugehörigkeit zu bestätigen. Für Studien zum muslimischen Leben reicht es aus, im Telefonbuch oder im Melderegister mit einem typisch arabischen Namen ausgestattet zu sein. Statt allerdings konsequent von Rassismus zu sprechen, wie es dann geboten wäre, lautet der allzu schnell gefundene Begriff, der die Diskriminierung bezeichnet, Islamophobie oder Islamfeindlichkeit. Dabei käme es darauf an, diese im Kern rassistische Konstruktion von Wir und den Anderen endlich loszuwerden. Restlos. Wir müssen lernen zu fragen, unter welchen Bedingungen, auf welche Weisen und warum es sich lohnt, die Welt ethnisiert und in der Folge auch ethnisiert zu deuten.

Protagonisten und Protagonistinnen sind in diesem Diskurs rechtspopulistische Parteien und Bewegungen, wie auch Teile der Linken in Form von so genannten Antideutschen, feministischen und schwulen Aktivistinnen und Aktivisten, die sich durch die Beschwerde über «den Islam» oder «die Musliminnen und Muslime» das Eintrittsticket für die Mitte der Gesellschaft sichern wollen. Das Problem beginnt jedoch bereits vorher, bei einer Imagination der Welt als muslimisch und nicht-muslimisch, die selbst rassistischer Kategorienbildung folgt. Ob die Gemeinschaft «der Musliminnen und Muslime» von Seiten des Islamismus, von Moscheebau-Gegnern oder aus der diskursiven Mitte der Gesellschaft hergestellt wird – immer homogenisiert sie eine außerordentlich heterogene und heterodoxe Zahl von über einer Milliarde Menschen: Zwischen dem bevölkerungsreichsten «muslimischen» Land (Indonesien) und Indien, wo mehr muslimische Menschen leben als in der Türkei, sowie Saudi Arabien oder Bosnien-Herzegowina gibt es nennenswerte Unterschiede in allen politischen, sozialen, ökonomischen und sonstigen Bereichen, ganz zu schweigen von den Unterschieden zur Lebensrealität von «Migrantinnen und Migranten», weißen Konvertitinnen und Konvertiten, die alle als Repräsentationsfiguren der einen und selben Religion wahrgenommen werden.

Worum geht es denn?

Es geht in allen hiesigen Debatten über den Islam grundsätzlich um mehr: Es geht um das Ganze, das ganz und gar nicht symmetrisch organisiert ist. Wenn das Gespräch um Frauen mit Kopftuch kreist, geht es um alle Geschlechter-Konstruktionen – weiße deutsche Weiblichkeiten und Männlichkeiten werden implizit mit konstruiert, hetero- wie homosexuelle: Natürlich sind die eigenen Positionen immer positiv besetzt, aufgeklärter und emanzipierter, der eigene westliche Lebensstil per se selbstbestimmt. Da es keine Kolonien mehr gibt, müssen die Objekte, die «uns» zu Subjekten machen, im Inland gesucht werden. Dieser Mechanismus ist heute um nichts origineller als vor 200, 150 oder 100 Jahren.

Im Kern wird um das Recht auf Bildung, Ausbildung und Arbeit für alle gestritten bzw. um seine Verweigerung, auch wenn es auf der Oberfläche um die angebliche Bildungsferne von Jugendlichen mit Migrationshintergrund geht oder, ihre «nicht-produktive» Funktion, die laut Thilo Sarrazin nur zum Handel mit Naturerzeugnissen reicht. Es geht um den Einsatz der Bundeswehr im Ausland, gerechtfertigt u.a. mit Hinweis auf die Menschenrechte von Frauen und zum Teil auch auf die von Homosexuellen, es geht um das Strafrecht, aber auch um die Sicherheitsmaßnahmen im Anti-Terror-Kampf und um vieles mehr, was gesamtgesellschaftlich relevant ist.

Im Schatten von 9/11

Dossier zum 10. Jahrestag

Die Ungleichheit von Arm und Reich wird derweil immer eklatanter. Die Ungleichheit von Frauen und Männern sowie insgesamt traditionelle Geschlechter- und Familienkonstruktionen werden in Zeiten ökonomischer Krisen wieder und wieder aufs Neue begründet. Die Andersartigkeit von Homosexuellen wird durch das Zweite-Klasse-Sonderrecht der eingetragenen Lebenspartnerschaft nicht aufgehoben, sondern zementiert. Die Aussicht auf Chancengleichheit rückt für die unterschiedlichsten Bevölkerungsgruppen immer weiter außerhalb ihres Horizonts, ganze Landstriche und Bevölkerungsgruppen werden abgehängt. Vor dem Hintergrund einer immer komplexer werdenden Welt und gesamt-gesellschaftlicher Desintegration bevorzugen es Teile der Gesellschaft, eine Ersatzdebatte am Leben zu erhalten, welche die Bevölkerung in künstliche Blöcke einteilt: Hier die soziale und politische Einheit «der Musliminnen und Muslime» – dort, unmarkiert, das Wir.

Wann lernen wir, über unsere realen Asymmetrien zu sprechen statt eine klassen-, geschlechter- und sexualitätenblinde europäische Moderne gegen das vermeintlich Andere in Stellung zu bringen?